Holzbaupreis des Landes fürs Bischöfliche Stiftungsschulamt in Rottenburg

Schwäbisches Tagblatt

Südwest Presse

Rottenburger Post

www.tagblatt.de

Nummer 185 / Donnerstag, 13. August 2015 | Unabhängige Tageszeitung für den Landkreis Tübingen und die Region | 71. Jahrgang / Einzelpreis € 1,70 / E 6217 A

ROTTENBURG

Fast ein Länderspiel

Ein Aufruf in der „Rottenburger Post“ führte zum Erfolg: Am morgigen Freitagabend tritt ein junges Afrikaner-Team im Hohenbergstadion zum Fußball-Freundschaftsspiel beim FC Rottenburg an. Seit das feststand, trainierten die Flüchtlinge aus Gambia jeden Abend. Einige von ihnen spielten in Gambia in der höchsten Liga.

STARZACH

Ferien in der Schule

Die Grundschule in Bierlingen bietet in den Sommerferien dreieinhalb Wochen lang ganztägige Betreuung an. Die Familienbildungsstätte Tübingen unterstützt sie dabei mit einem mobilen Ferien-Projekt, und die baden-württembergische Kinderlandstiftung fördert dieses Kooperationsprojekt finanziell.

REGIONALSPORT

Ofterdinger Coach geht

Kurz vor Saisonbeginn haben beim Fußball-Bezirksligisten TSV Ofterdingen Trainer Timo Lurf und sein Co-Trainer Giuseppe Di Leone ihre Ämter abgegeben. Der Grund ist dubios, alle Parteien wollen sich nicht detailliert äußern. „Es ist der Punkt erreicht, an dem die Basis verloren gegangen ist“, sagt Lurf nur.

HEUTE WICHTIG

Kitas und Griechenland

Arbeitgeber und Gewerkschaften suchen nach einer Lösung im Kita-Tarifstreit. Finden sie keine Lösung, drohen ab Anfang Oktober wieder Streiks ++++ Das griechische Parlament berät über das neue Hilfsprogramm und die damit verbundenen Sparauflagen zur Rettung des Landes vor der Pleite ++++ In Berlin wird an den Mauerbau vor 54 Jahren erinnert

WETTER BIS 36°

Viel Sonnenschein. Am Nachmittag und Abend wolkig mit örtlichen Schauern und Gewittern.

TV-TIPP VOX, 20.15

In der Komödie „Nachts im Museum“ muss Larry (Ben Stiller) einen Job annehmen, wenn er seinen Sohn weiterhin treffen will. Die Stelle als Nachtwächter im Museum ist jedoch abenteuerlicher als gedacht, denn die Exponate erwachen zum Leben.

Fluten mitten in der Stadt

Schwere Unwetter und Erdrutsche haben im Süden Italiens schwere Schäden angerichtet. Wasser- und Schlammmassen rissen in Rossano in Kalabrien Autos mit sich. Häuser und Campingplätze mussten evakuiert, Menschen in Sicherheit gebracht werden. Die Unwetter sind noch nicht vorbei. Foto: dpa

Beschlagnahme im Notfall möglich

Stuttgart. Private, leerstehende Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen zu beschlagnahmen, ist laut baden-württembergischem Integrationsministerium nur zulässig, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind und den Migranten Obdachlosigkeit droht. Dann greife das Polizeigesetz, erklärte Ministeriumssprecher Christoph Häring zur Rechtslage.

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) will solche Beschlagnahmen als Notfallmaßnahme ins Auge fassen. Er hat Wohnungseigentümer dies in einem Schreiben mitgeteilt, sie aber auch aufgefordert, ihre leerstehenden Immobilien an die Stadt zu vermieten oder zu verkaufen.

Der baden-württembergische Städtetag hat solchen Überlegungen eine Absage erteilt. „Sporthallen und Stadthallen waren schon öfter ein Thema, aber kein privater Wohnraum“, sagte Gerhard Mauch, Dezernent für Flüchtlingsangelegenheiten beim Städtetag. del

Südwestumschau

Chinas Währung auf Talfahrt

Erhöhter Druck auf deutsche Wirtschaft – Südwest-Industrie bleibt ruhig

Erneut wertet Chinas Zentralbank den Yuan ab. Noch hält sich die Furcht der deutschen Wirtschaft vor schweren Auswirkungen aber in Grenzen.

Peking/Stuttgart. Chinas Zentralbank hat den Yuan mit einem erneuten Eingriff weiter auf Talfahrt geschickt. Die Notenbanker werteten die Landeswährung gestern zum zweiten Mal deutlich ab. Der Referenzkurs wurde auf 6,3306 Yuan je US-Dollar festgesetzt – ein Abschlag von weiteren 1,6 Prozent im Vergleich zum Vortag.

Die EU-Kommission nannte den überraschenden Politikwechsel eine „positive Entwicklung“. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) sprach von einem „willkommenen Schritt“, weil der Markt eine größere Bedeutung bei der Bestimmung des Wechselkurses erhalte. Aus Sorge, die Abwertung könnte Zeichen für eine sich zuspitzende Krise der chinesischen Wirtschaft sein, reagierten jedoch die internationalen Aktienmärkte verschreckt.

Bereits am Dienstag hatte die Bank den Referenzkurs um 1,9 Prozent gesenkt. Die Abwertungen werden nach Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) den Druck auf deutsche Unternehmen auf dem Weltmarkt erhöhen. Zwar würden gerade Technologieprodukte vor allem über die Qualität verkauft. „Aber natürlich spielt auch der Preis immer eine Rolle – und hier erhalten chinesische Konkurrenten durch die Abwertung nun einen Vorteil“, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben.

Wirtschaftsvertreter im Südwesten sehen vorerst keine größeren Schwierigkeiten für die Unternehmen im Land. „Der Maschinenbau ist Währungsschwankungen gewohnt“, sagte der Geschäftsführer des Branchenverbands VDMA, Dietrich Birk. Größere Verwerfungen seien nicht zu spüren. Birk zufolge deutet alles darauf hin, dass China die Exporte stärken wollen, nachdem diese zuletzt deutlich zurückgegangen waren. Auch Industrie-Präsident Hans-Eberhard Koch erwartet keinen „gravierenden Effekt“.

Der Autohersteller Daimler hat sich bereits gegen Schwankungen des Yuan abgesichert. Für 2016 sei das schon für 60 Prozent der Geschäfte in Yuan der Fall, sagte ein Sprecher des Konzerns.

Wird eine Währung abgewertet, wirkt sich das vor allem auf Exporte aus. Werden die Waren in Yuan bezahlt und war der Preis vorher ausgehandelt, bekommen die Hersteller weniger Geld. Auf lange Sicht sinkt die Nachfrage, weil Güter aus dem Euroraum teurer werden. dpa

Kommentar und Wirtschaft

Staatsrechtler weist Kauder in die Schranken

Berlin. Der Berliner Staatsrechtler Professor Ulrich Battis hat das Recht von Abgeordneten bekräftigt, sich bei der Abstimmung über das dritte Hilfspaket für Griechenland auf ihre Gewissensfreiheit berufen zu können. In einem Interview mit der SÜDWEST PRESSE sagte Battis, das Grundgesetz garantiere die Freiheit des Mandats nicht bloß für „ethische Fragen wie Abtreibung, Sterbehilfe oder Gentechnik“, sondern auch bei einer Entscheidung, die im Kern die Zukunft der Euro-Zone und der Europäischen Union insgesamt betreffe.

Battis bezeichnete das Spannungsverhältnis zwischen Fraktionsdisziplin und Freiheit des Abgeordneten als unauflösbar. Er wandte sich gegen die Drohung des CDU/CSU-Fraktionschefs Volker Kauder, Abweichler in der Union aus wichtigen Ausschüssen abzuziehen. Die Freiheit des Mandats sei „der letzte sichere Hafen, in dem sich die Abgeordneten auf ihr Gewissen berufen können“.

Die Entscheidung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), die Forderung der Opposition nach einer Sondersitzung des Rechtsausschusses wegen der Entlassung von Generalbundesanwalt Harald Range abzulehnen, bewertete Battis „nicht als missbräuchlich“. gha

Brennpunkt

Erdogan erklärt PKK den Kampf

Türkischer Präsident: Der Friedensprozess ist beendet

Ankara. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat die Fortsetzung der Militäraktionen gegen die PKK angekündigt. In einer Rede in Ankara sagte Erdogan gestern, der Friedensprozess zwischen dem türkischen Staat und den Kurden liege auf Eis. Der Kampf gegen die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) werde „mit Entschlossenheit“ weitergehen.

Die PKK greift fast täglich türkische Sicherheitskräfte an, die türkische Armee bombardiert PKK-Stellungen. Der zweijährige Waffenstillstand zwischen der Türkei und der PKK war Ende Juli zerbrochen. afp

Seite 2

Gute Chancen für Hilfspaket

Berlin deutet Zustimmung an – EU-Finanzminister am Zug

Brüssel. Die Finanzminister der Euro-Länder werden morgen über das neue Hilfsprogramm für Griechenland entscheiden. Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem lud gestern offiziell zu einer Sondersitzung ein. Dies wird als Zeichen gewertet, dass einer positiven politischen Entscheidung nichts Grundlegendes mehr im Wege steht. Die Bundesregierung signalisierte Zustimmung zu der Einigung. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums schränkte aber gestern Abend ein, dass es noch mehrere offene „Fragen“ gebe, die geklärt werden müssten. dpa

Stichwort

SERVICE

TERMINATOR
DIE KONZERTE
DER WOCHE

Tagblatt-Zentrale
0 70 71 / 9 34-0

Anzeigenannahme
0 70 71 / 9 34-4 44
e-Mail: anzeigen@tagblatt.de

Abo und Zustellung
0 70 71 / 9 34-2 22
e-Mail: vertrieb@tagblatt.de

Redaktion
0 70 71 / 9 34-3 02 / 3 03
e-Mail: redaktion@tagblatt.de

4 195214 401708 41533

Unter falscher Flagge

Das Twitter-Schlagwort #WirFürGuido prangt oben auf der Frontscheibe, der orangene Untergrund kommt CDU-gerecht daher. Soweit hat Guido Wolf, Spitzenkandidat für die baden-württembergische Landtagswahl, bei seiner Sommertour alles richtig gemacht: Name stimmt, Farbe stimmt, und ein gewisser Modernitätsanspruch – Sie wissen schon, die sozialen Netzwerke – ist auch nicht zu verkennen.

Aber was um Himmels Willen ist das? Trägt das Nummernschild des Wolfschen Tourbusses doch tatsächlich ein „NU“. Nein, das steht nicht für Neckarsulm. Auch nicht für Neuhausen ob Eck auf der Schwäbischen Alb. „NU“ steht für Neu-Ulm, blau-weißes Bayern-Land, was zumindest die Bewohner im Grenzgebiet zwischen Baden-Württemberg und dem Freistaat wissen, auch wenn – kulturhistorisch betrachtet – hüben wie drüben allesamt Schwaben sind.

Kurzum: Guido Wolf ist also mit einem Bus aus Bayern unterwegs. Dabei hatte er doch kürzlich noch damit geprahlt, dass seine Werbeagentur – im Gegensatz zu denen der politischen Konkurrenz – aus dem Südwesten komme. Stellt sich nun die Frage, was das zu bedeuten hat: Will der CDU-Politiker vielleicht die gute, alte Südschiene wiederbeleben, die in den guten alten Zeiten, als man sich noch im Licht der Dauerregentschaft sonnte, stets Garant für eine tiefschwarze Zusammenarbeit war? Oder will er handstreichartig gleich Bayern miterobern, plant gar eine Länderfusion? Und in diesem Zusammenhang womöglich die endgültige Vereinigung von CDU und CSU? Hat das „NU“ sogar eine doppelte Bedeutung, in die noch nicht mal mehr die Kanzlerin eingeweiht ist: Neue Union???

Guido Wolf ist mit einem NU-Bus auf Tour. Foto:dpa

Ein CDU-Sprecher klärt auf: Ihm zufolge wurde das Fahrzeug bei einem Reiseunternehmen im Kreis Freudenstadt angemietet. Weil die Firma aber keinen weißen Bus vorrätig hatte, den die CDU selbst bekleben konnte, mietete sie einen solchen Bus beim Hersteller an. Der heißt Evobus und sitzt in Neu-Ulm, obwohl er doch zum Daimler-Konzern gehört. Wie langweilig . . .

TANJA WOLTER und dpa

KOMMENTAR • CHINA

Zu viel Angst, zu viel Hoffnung

Das interessiert so wenig, als wenn in China ein Fahrrad umfällt: Das alte Bild muss schon deshalb übermalt werden, weil die Chinesen heute weniger radeln als mit dem Auto fahren, vorzugsweise von einem deutschen Hersteller. Was heute in China passiert, ist für die deutsche und die Weltwirtschaft von größter Bedeutung.

Deshalb schlägt der aktuelle Absturz an Shanghais Börse im Westen ebenso hohe Wellen wie jetzt die überraschende Abwertung der Währung. Beides wird als Zeichen gewertet, dass Chinas Turbo-Wirtschaft womöglich doch nicht geräuschlos in jene „neue Normalität“ übergeht, die Partei- und Staatschef Xi Jinping als Losung für den nächsten Entwicklungsschritt ausgegeben hat.

Normal ist weder der Aktien-, noch der Devisenmarkt in China. Aber die Regierung wird die zaghaft begonnene Öffnung fortsetzen. Denn sie will die eigene Währung als starke Säule im Weltfinanzsystem etablieren. Die Aufregung über die überraschende Abwertung wird sich bald wieder legen. Sie markiert schließlich keinen Wendepunkt in der chinesischen Politik. Die wird auch künftig alles daran setzen, einen deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums zu verhindern.

Wirtschaftswachstum ist der Kitt, der die Regierenden und ihr riesiges Volk zusammenhält. Beides ist aus westlicher Warte übertrieben: die Angst vor Chinas wirtschaftlichem Einbruch – aber auch die Hoffnung auf mehr Demokratie. HELMUT SCHNEIDER